

Dinner Speech

JENNIFER D. GAVITO

Sehr geehrter Herr Professor Winterhoff,
lieber Herr Doktor Theisen,
verehrte Mitglieder der Gesellschaft für Rechtspolitik,
sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre Einladung – ich freue mich sehr, heute zu Ihnen sprechen zu können.

Seit diesem Sommer bin ich amerikanische Generalkonsulin in Bayern, einige Grußworte und Reden habe ich bereits hinter mir. In dieser Runde zu sprechen ist aber eine besondere Herausforderung: Renommierete Wissenschaftler, hohe Vertreter aus Justiz und Parlamenten, leitende Beamte – Sie alle haben berufsmäßig hohe Ansprüche!

Zwischen Vorspeise und Hauptgang kann und will ich Sie daher nicht einfach mit „Aufgewärmtem“ abspesen.

Mit Blick auf das Programm Ihrer Veranstaltung kamen mir gleich mehrere – erlauben Sie mir die Verwendung eines juristischen Begriffs – „Anknüpfungspunkte“ in den Sinn. „Rechtsordnungen im transatlantischen Wettbewerb“ – das ist doch, womit wir uns am Konsulat täglich beschäftigen!

Natürlich dehne ich hier den Wettbewerbsbegriff und auch den der „Rechtsordnungen“ ein wenig, aber dennoch: Wir unterstützen zum Beispiel europäische und amerikanische Investoren dabei, sich in unseren jeweiligen rechtlichen Systemen zurechtzufinden. Wir bearbeiten auch Visumsanträge und bieten konsularische Dienste an, um legales und sicheres Reisen zwischen und in unseren Ländern zu ermöglichen.

Und dann sind da natürlich die „großen Themen“, die häufig politisch diskutiert und verhandelt werden, dabei aber immer auch klare

rechtliche Bezüge aufweisen. Maßnahmen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus kommen hier in den Sinn, die Durchsetzung von Sanktionen, die Gestaltung des globalen Klimaregimes oder die des internationalen Handels.

Interessant ist: Diese Themen werden tatsächlich in Spannungsfeldern ausgetragen, denen unterschiedliche politische und rechtliche Ordnungen in Europa und den USA zugrunde liegen. Und teilweise kommt es auch zum Wettbewerb zwischen diesen Ordnungen – daher ja auch diese Veranstaltung.

Dabei muss die Ursache dieses Wettbewerbs nicht Ausdruck der Überlegenheit der einen oder anderen Ordnung sein. Viel wichtiger noch, und das ist meine zentrale Aussage heute Abend: dieser Wettbewerb ist vor allem Ausdruck der besonderen Verbindung und großen Nähe zwischen unseren Systemen und den sie leitenden politischen und rechtlichen Ordnungen.

Wir teilen das klare Bekenntnis zu Frieden, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, unsere Systeme schützen die Rechte von Minderheiten, religiöse und andere elementare persönliche Freiheiten.

Weil wir gelernt haben, auf die Kraft des Rechts zu vertrauen und nicht auf die des Stärkeren zu setzen, kann es zu Wettbewerb zwischen unseren Rechtsordnungen kommen.

Indem wir uns diesem Wettbewerb stellen und gemeinsam nach Lösungen bei Konflikten suchen – politisch und rechtlich –, rücken wir noch näher zusammen.

Lassen Sie mich mit Verweis auf einige Beispiele verdeutlichen, was ich mit diesem Zusammenrücken meine – und weshalb wir es so dringend brauchen.

Kaum in Deutschland angekommen, hat mich die Professionalität der hiesigen Polizei, Justiz und weiteren Behörden, die Einsatzbereitschaft der freiwilligen Helfer und auch das Mitgefühl Ihrer Mitbürger tief beeindruckt. Auch wenn es politische Differenzen über die Bewältigung der Flüchtlingskrise gibt – auf diese starken Zeichen und Taten der Mitmenschlichkeit können sie und kann Ihr Land stolz sein.

Wie die Deutschen auch, befürworten die Vereinigten Staaten für die Migranten, die in Europa ankommen, umfassende, koordinierte Lösungen. Lösungen, die sicherstellen, dass Menschenleben geschützt und Menschenrechte geachtet werden und Lösungen, die angemessene Überprüfungs- und Registrierungsverfahren vorsehen.

Europäer und Amerikaner teilen hier also die gleichen politischen und rechtlichen Maßstäbe, die wir an uns und an andere anlegen. Wir

sind uns ohne Zweifel einig, dass die Lösung des Konflikts in Syrien ein ganz wesentlicher Aspekt zur Beendigung der Flüchtlingskrise ist. Die instabile Lage dort belastet immer mehr die Türkei, die EU und den Rest Europas.

So arbeiten wir zusammen: an diplomatischen Lösungen, wie kürzlich in Wien, aber auch durch direkte Hilfe vor Ort – finanziell, materiell, durch die Institutionen der Vereinten Nationen, zur Aufrechterhaltung der medizinischen Versorgung vor Ort und so weiter.

Das aktive unilaterale Eingreifen Russlands in Syrien hat die schwierige Lage in Syrien nicht verbessert. Ganz im Gegenteil: einige Staaten verzeichneten einen starken Anstieg an Flüchtlingen, nachdem die russischen Kampfhandlungen begannen.

Wesentlich hilfreicher wäre es, wenn sich Russland klar und im Verbund mit der internationalen Gemeinschaft gegen ISIS positionieren und die einzelnen, unkoordinierten Angriffe in den westlichen syrischen Städten unterlassen würde.

Wir müssen gemeinsam von Asad verlangen, dass er seine Helikopter und Flugzeuge am Boden lässt und endlich den Abwurf von Fassbomben gegen die Zivilbevölkerung stoppt. Und wir müssen gemeinsam unsere Rolle bei der Umsetzung des Plans spielen, der in Wien unterzeichnet wurde.

Moskau gegenüber müssen wir weiterhin klarmachen, dass Europa frei und friedlich sein muss. Seit März 2014 besetzt Russland die Krim. Zudem unterstützt Russland eine gewaltsame separatistische Bewegung in der Ostukraine. Der dortige Konflikt hat seit seinem Beginn fast 8000 Todesopfer gefordert. Tausende sind verletzt worden, weitere Tausende sind auf der Flucht.

All das ist inakzeptabel und widerspricht unseren Zielen für ein freies, friedliches und geeintes Europa in einer verlässlichen, auf Regeln basierenden internationalen Ordnung.

Angesichts des seit September mehr oder weniger anhaltenden Waffenstillstands sind wir vorsichtig optimistisch. Wir können jedoch nicht zurück zur Tagesordnung übergehen, solange Russland die territoriale Integrität der Ukraine verletzt.

Wie erfolgreich wir sein können, wenn wir eng zusammenrücken und an einem Strang ziehen, zeigt das Abkommen zum Joint Comprehensive Plan of Action, das im Juli dieses Jahres von den fünf UN-Vetomächten, Deutschland und der EU sowie der Islamischen Republik Iran unterzeichnet wurde.

Das Abkommen ist von großem Wert für die Sicherheit unserer Länder, der Nahost-Region und der gesamten Welt. Es wird Iran dauerhaft davon abhalten, in den Besitz einer Atomwaffe zu gelangen. Sollte sich der Iran nicht an die vereinbarten Bedingungen halten, werden wir das unverzüglich wissen.

Die internationale Gemeinschaft hat in dieser Frage viel Einigkeit bewiesen und die rigorosen Sanktionen haben Wirkung gezeigt. Natürlich wird das Abkommen nicht all unsere Herausforderungen mit dem Iran lösen. Es ist dennoch ein Sieg für die Diplomatie und für die Sicherheit unserer Länder und der ganzen Welt.

An ganz anderer Front erhoffen wir uns ähnliche Erfolge. Europäer und Amerikaner bemühen sich, wie auch die Vertreter vieler anderer Länder, um ein ambitioniertes Klimaabkommen in Paris. Mehr denn je sind unsere Verhandlungsteilnehmer damit beauftragt, ein starkes Ergebnis zu erzielen, das unsere Welt in Richtung Dekarbonisierung und Nachhaltigkeit entwickelt und gleichzeitig unsere Fähigkeiten erhöht, mit den Folgen des Klimawandels umzugehen.

Wie auch in der EU haben die Vereinigten Staaten in letzter Zeit bereits große Schritte in diese Richtung unternommen. Nationale Initiativen wie der Clean Air Act, der Clean Water Act und der von Präsident Obama aufgesetzte Clean Power Plan sind starke politische und – wie Sie sicher aus den Nachrichten wissen – rechtliche Instrumente, die den Willen der US-Regierung zur Bewältigung des Klimawandels eindrucksvoll unter Beweis stellen.

Ambitionierte internationale Kooperation benötigen wir in Sicherheits- und Umweltfragen, aber auch im wirtschaftlichen Bereich. Erneut nehmen hier EU und USA eine Vorreiterrolle ein, indem sie TTIP verhandeln.

Europa und die Vereinigten Staaten bilden heute die stärkste Wirtschaftszone der Welt. Obwohl wir gemeinsam nur etwa 10 Prozent der Weltbevölkerung stellen, erwirtschaften wir fast 50 Prozent des weltweiten Handelsvolumens. Jeden Tag fließen zwei Milliarden Euro über den Atlantik – in beide Richtungen.

All dies ist nicht nur das Ergebnis harter Arbeit in den Unternehmen. Und es ist sicherlich auch keine Garantie für wirtschaftlichen Erfolg in der Zukunft. Durch die Schaffung starker und zeitgemäßer internationaler Regeln müssen wir dafür sorgen, dass unsere Unternehmen erfolgreich arbeiten können.

Solche Regeln ergänzen in sinnvoller Weise die Regeln, die auf nationaler Ebene schon bestehen. Wenn wir international moderne Regeln setzen, dann arbeiten wir gegen Regellosigkeit und eine Ordnung, die eben nicht unseren geteilten Wertevorstellungen entspricht.

Der „Iran-Deal“, ein starkes Pariser Abkommen und TTIP bieten so die große Chance, unser Bekenntnis zu internationaler und auch nationaler Rechtsstaatlichkeit zu untermauern und uns für die Zukunft gut aufzustellen.

Meine Damen und Herren, in jeder Partnerschaft gibt es unterschiedliche Auffassungen über Prioritäten, Instrumente und Methoden im Umgang mit Gefahren und Herausforderungen. Es ist dies für Sie vielleicht der spannendste Bereich, um den Wettbewerb von Rechtsordnungen zwischen Europa und den USA zu beobachten.

Einerseits arbeiten wir auch in diesem Bereich eng zusammen. Europäische und amerikanische Behörden haben eine Vielzahl ähnlicher Maßnahmen erlassen, um bessere Handhabe gegen terroristische Aktivitäten zu haben. Die enge, fortlaufende Kooperation der Nachrichtendienste auf beiden Seiten des Atlantiks ist unerlässlich.

Andererseits sind Abwägungen zwischen „Freiheit“ und „Sicherheit“ immer auch „work in progress.“ Das Ziel, unsere Bevölkerungen zu schützen, wird immer in einem schwierigen Verhältnis zu unserem Ziel offener Gesellschaften stehen. Wenn wir aber einen grundsätzlichen Wert in der Arbeit dieser Dienste sehen – die Bedrohung durch den Terrorismus führt uns diesen Wert, so denke ich, täglich vor Augen – dann müssen wir auch lernen mit diesem schwierigen Verhältnis umzugehen.

Gerade heute, wo neue Technologien ganz neue Chancen bieten aber eben auch von gefährlichen Akteuren missbraucht werden können, ist es wichtig, das eigene Denken an neue Gegebenheiten anzupassen.

Nehmen Sie in diesem Zusammenhang zum Beispiel die noch aktuelle Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs mit Auswirkungen auf das Safe Harbor-Abkommen zwischen der EU und den USA. Natürlich waren wir enttäuscht, als wir das Urteil des EuGH im Oktober in Händen hielten. *[Herr Skouris ist heute ja leider nicht unter uns; ich bin mir aber sicher, er würde mir diesen Hinweis nicht allzu übel nehmen.]*

Der durch das Urteil herbeigeführte Zustand ist sicher bedauerlich – das Urteil, das ja ganz klar Ergebnis eines Konflikts zwischen Rechtsordnungen ist, hat doch einige Rechtsunsicherheit verursacht.

Eine intensive Debatte über das richtige Gleichgewicht zwischen Sicherheit und Freiheit in der digitalisierten Welt von heute ist notwendig und hilfreich, wenn sie verantwortlich geführt wird.

Wir hätten uns daher gewünscht, dass unsere Bemühungen der letzten Jahre stärker Beachtung gefunden hätten. Denn: eine solche Debatte hat in den USA in den vergangenen zwei Jahren sehr wohl stattgefunden. Präsident Obama hat eine beispiellose, umfassende Überprüfung der Arbeit unserer Nachrichtendienste unternommen. Ähnliche Untersuchungen wurden durch den Kongress durchgeführt.

Als Ergebnis steht heute ein erheblich verbesserter Schutz der Privatsphäre unserer Bürger. Ich denke nicht, dass viele Europäer diese Änderungen innerhalb der USA erkennen, geschweige denn anerkennen.

Anders als in anderen Staaten dieser Welt, das möchte ich an dieser Stelle sagen, waren diese Überprüfungs- und Reformprozesse übrigens öffentlich, transparent und offen für die Beteiligung nicht-staatlicher Akteure.

Besonders bedauerlich ist, dass das Urteil zu einer Zeit kam, als die EU und die USA gerade in den letzten Zügen zu „Safe Harbor 2.0“, also einer modernen Neuregelung ihres Datenaustauschs waren. So sind es nun vor allem Unternehmen – und hier vor allem kleine und mittelständische –, die den Preis dieses rechtlichen und auch politischen Dilemmas zahlen müssen.

An dieser Stelle kann ich dieses Dilemma natürlich nicht auflösen. Ich hoffe aber sehr, dass es bald ein neues Regelwerk für den legalen Datenaustausch über den Atlantik gibt. Wenn uns eine solche Einigung gelingt, dann hat dieser Konflikt auch etwas Gutes gehabt.

Einerseits werden wir dann einmal mehr einen transatlantischen Konflikt gelöst haben, den wir nur deshalb haben konnten, weil unsere Politik und unsere Rechtsordnungen so eng miteinander verflochten und so stark aufeinander bezogen sind.

Es ist Aufgabe der Diplomatie, Gemeinsamkeiten zu betonen und das Zusammenrücken anzumahnen. Mein Umgang mit dem Begriff des Wettbewerbs mag aus Ihrer Sicht unkritisch erscheinen, oder mit juristischen Begriffen vielleicht sogar fahrlässig.

Die Betonung der europäisch-amerikanischen Partnerschaft ist mir aber eben besonders wichtig. Wir werden uns immer wieder in Wettbewerbssituationen befinden. Aber wir stimmen in der Bewertung zentraler Gefahren und Herausforderungen sowie in den Grundzielen unserer Politik und Rechtssysteme überein.

Wenn wir also unsere Verantwortung als Freunde und Partner ernst nehmen, dann können wir die Lebensbedingungen in unseren Ländern und weit darüber hinaus verbessern – ob wir Terrorismus bekämpfen, Menschen vor Verfolgung schützen und Verfolgten helfen, unsere Umwelt schützen, oder transatlantischen Handel weiter erleichtern.

Meine Damen und Herren, ganz egal in welcher Runde, und ganz egal in welcher Rechtsordnung – Grußworte kommen vor allem dann gut an, wenn sie nicht allzu lange sind.

Ich möchte deshalb an dieser Stelle schließen und Ihnen allen eine weiterhin erfolgreiche Tagung mit interessanten Gesprächen wünschen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit – und weiterhin guten Appetit!